

Antrag

der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, Klaus Brähmig, Hartwig Fischer (Göttingen), Norbert Geis, Jürgen Klimke, Hartmut Koschyk, Bernward Müller (Gera), Dr. Georg Nüßlein, Sibylle Pfeiffer, Dr. Norbert Röttgen, Arnold Vaatz, Peter Weiß (Emmendingen), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann, Elvira Drobinski-Weiß, Detlef Dzembitzki, Gabriele Groneberg, Stephan Hilsberg, Iris Hoffmann (Wismar), Dr. Bärbel Kofler, Walter Kolbow, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Christel Riemann-Hanewinkel, Walter Riester, Frank Schwabe, Dr. Ditmar Staffelt, Hedi Wegener, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Deutschlands im Rahmen der strategischen Partnerschaft der Europäischen Union mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik zielgerichtet stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Europäischen Union (EU) mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (LAK) basieren auf historisch begründeten gesellschaftlichen Verflechtungen sowie vielfältigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Beziehungen. Diese solide Grundlage hat dazu geführt, dass die EU mit keiner anderen Großregion außerhalb Europas und Nordamerikas derart intensiv und umfassend zusammenarbeitet wie mit LAK. Davon zeugen der EU-LAK-Gipfelprozess der Staats- und Regierungschefs, auf dessen erstem Treffen 1999 in Rio de Janeiro die beiden Regionen eine strategische Partnerschaft geschlossen haben, sowie die seit 1987 stattfindenden EU-Rio-Gruppentreffen.

Das diesjährige Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und der Staaten LAK am 16. Mai 2008 in Lima muss die große Chance nutzen, die konkrete Umsetzung der bisherigen Gipfelerklärungen, vor allem der von Wien 2006, zu erreichen. Für den entwicklungspolitischen Dialog bedürfen Fragen des Ressourcenschutzes, des Klimawandels und der erneuerbaren Energien sowie die Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation (World Trade Organization – WTO) ebenso gemeinsamer Lösungsansätze wie die Unterstützung bei Good Governance (Gute Regierungsführung) und der Beseitigung von Armut und sozialen Ungleichheiten.

Im Rahmen der zwischen EU und LAK geschlossenen strategischen Partnerschaft haben entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Dialog eine wichtige Funktion. Die EU ist mit einem Anteil von 40 Prozent an der Entwicklungszusammenarbeit der größte entwicklungspolitische Akteur in LAK, Deutschland

ein wichtiger bilateraler Geber mit langer Erfahrung und hoher Vor-Ort-Präsenz.

Einer der vorrangigen Schwerpunkte der Zusammenarbeit von EU und Deutschland mit dem lateinamerikanischen Kontinent ist es, mit den Partnern im Sinne der Ziele des VN-Millenniumsgipfels den Anteil der in absoluter Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren und die sozialen Ungleichheiten durch Reformen der sozialen Sektoren zu beseitigen. Ebenso wird die Modernisierung der Staaten im Sinne von Guter Regierungsführung, Umsetzung der Reformen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Korruptionsbekämpfung unterstützt. Die regionale Integration wird gefördert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Standards verbessert. Die mit der Pariser Erklärung von 2005 festgelegte verbesserte Geberkoordinierung und die Nutzung der eigenen Potenziale der LAK-Staaten werden zur Armutsbekämpfung in stärkerem Maße beitragen können. Mit den lateinamerikanischen Schwellenländer sollte ein politischer Dialog auf Augenhöhe auch über die wichtigen Felder der Modernisierung der staatlichen Strukturen sowie des Aufbaus und Ausbaus rechtsstaatlicher und institutioneller Strukturen sowie von belastbaren Steuer-, Finanz-, Banken- und Sozialen Sicherungssystemen geführt werden. Nur so können sowohl die sozialen Probleme einschließlich der Durchsetzung von Frauenrechten und dem Schutz der Jugend vor Gewalt wie auch die Partizipation der Zivilgesellschaften, insbesondere der indigenen Völker, gelöst werden. Dies sind auch wichtige Faktoren, um die weitere regionale Integration und die gleichberechtigte Integration in die Weltwirtschaft unter Berücksichtigung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung, der Einhaltung der Sozialstandards und des Umwelt- und Ressourcenschutzes zu befördern. Insbesondere den Schwellenländern Brasilien und Mexiko kommt dabei eine stabilisierende Rolle gegenüber den Entwicklungsländern der Region zu. Neben der Entwicklungszusammenarbeit ist eine Intensivierung des Know-how-Transfers und der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie der Hochschulbeziehungen mit den Schwellenländern in LAK ein wichtiger Baustein zur Lösung gemeinsamer Zukunftsprobleme z. B. in den Sektoren Energie und Ressourcenschutz oder Verstärkung.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nahm die Intensität der politischen Beziehungen zwischen Europa bzw. Deutschland und Lateinamerika trotz guter Rahmenbedingungen ab. Die seit einigen Jahren anhaltende wirtschaftliche, politische als auch gesellschaftliche Entwicklung in lateinamerikanischen Staaten und deren wachsende Einflussnahme in multilateralen Gremien sollten für die EU und Deutschland Anlass sein, künftig engere Beziehungen zu diesem Subkontinent zu pflegen.

Lateinamerika/Karibik weist nach der Ablösung linker und rechter Diktaturen in den letzten zwei Jahrzehnten – mit Ausnahme Kubas – den höchsten Demokratisierungsgrad der Entwicklungsregionen weltweit auf. Gleichwohl beobachtet der Deutsche Bundestag mit Sorge die zunehmende Ausbreitung populistischer Strömungen mit autoritären und zum Teil gewaltbereiten Tendenzen in einigen Ländern in LAK und die Gefährdung der in den letzten beiden Dekaden erzielten Transformationsgewinne. Die besorgniserregenden Signale zum Zustand von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und Regierungsführung in einigen Ländern, wie sie die Governance Indikatoren der Weltbank und das Institut für Ibero-Amerikakunde beobachten, sind prägnanter Ausdruck der ungelösten Entwicklungsprobleme, bei denen soziökonomische und politisch-institutionelle Defizite zusammenspielen. Diese Tendenz wird auch vom „Bertelsmann Transformation Index 2008“ bestätigt. So kann die politische Transformation in einigen Ländern als demokratisch stabil bewertet werden, während in anderen Ländern eine Stagnation der demokratischen Entwicklung festzustellen ist. Hinzu kommt, dass in manchen Ländern zudem eine deutliche

Eintrübung im demokratischen Klima und eine Abnahme des Vertrauens und der Akzeptanz demokratischer Prozesse zu erkennen ist. Hervorgehoben werden müssen in diesem Zusammenhang die teilweise mangelnde Transparenz politischer Prozesse, Probleme durch eine die Meinungsvielfalt reduzierende Konzentration der Medien einschließlich der Ausübung wirtschaftlichen und politischen Drucks, sowie Korruption. Auch der mangelnde öffentliche Zugang zu Informationen ist ein wachsendes Problem.

Nach Jahren der Stagnation und Rezession, von Währungs- und Finanzkrisen, ist die wirtschaftliche Lage in vielen Ländern der Region LAK inzwischen von deutlichem Wachstum geprägt. Besonders in den beiden letzten Jahren konnten die lateinamerikanischen Volkswirtschaften von der günstigen Entwicklung der Weltwirtschaft profitieren. Die starke internationale Nachfrage sowie die steigenden Rohstoffpreise haben vor allem die Öl- und Erdgasexporteure Venezuela, Ecuador und Bolivien begünstigt, aber auch die Agrarexporteure Argentinien und Brasilien sowie die Mineralexporteure Chile, Peru und Kuba konnten hohe Wachstumsraten erreichen. Ausländische Unternehmen haben zunehmend in rohstoffnahe Bereiche investiert. Hinzu kommen die stetig steigenden Rücküberweisungen von Migrantinnen und Migranten. Die günstigen Rahmenbedingungen führten jedoch aufgrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Strategien der einzelnen Regierungen nicht immer zu den wirtschaftlichen und armutsreduzierenden Erfolgen.

Obwohl die Reformprozesse nicht in der angestrebten umfassenden Verbesserung der sozialen Situation in LAK resultierten, so hat diese Entwicklung doch dazu geführt, dass die Vereinten Nationen Lateinamerika bei der Erreichung der Millenniumsziele überwiegend auf „gutem Weg“ sehen. In den Bereichen Grundbildung, Gender und Kindersterblichkeit können die Ziele bis 2015 erreicht werden; die Senkung der Müttersterblichkeit, erfolgreichere HIV/Aids-Bekämpfung und die angestrebte Halbierung der absoluten Armut werden jedoch verfehlt. 40 Prozent der Bevölkerung vor allem in den ländlichen Regionen lebt von weniger als zwei US-Dollar am Tag, etwa 15 Prozent von weniger als einem US-Dollar. Die Reformprozesse und der Exportboom der Primärgüter haben in Schwellenländern wie Brasilien, Mexiko oder Chile auch zu Wohlstand unter breiteren Bevölkerungsschichten und zum Entstehen einer kaufkräftigen Mittelschicht geführt. Trotzdem lebt auch dort ein Teil der Bevölkerung in teilweise bitterer Armut. In weniger entwickelten Ländern ohne nennenswerte Rohstoffe wie vor allem Haiti oder Guatemala leben hingegen immer mehr Menschen in oft extremer Armut. Der dortige Reichtum konzentriert sich in der Regel auf eine kleine Wirtschafts- und Politikelite.

Insgesamt sind Einkommensverteilung und Wohlstandsunterschiede in den Gesellschaften in LAK auch in den letzten Jahren noch ungleicher geworden. Hieraus entwickelt sich ein immer gefährlicher werdender sozialer Sprengstoff, der auch zu steigender Migration führt und dessen Risikopotential für die Staaten und Gesellschaften in LAK schwer einschätzbar ist. Da in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit zunehmender Marktliberalisierung viele staatliche Institutionen und Funktionen abgebaut wurden, fehlt nun „der lenkende Staat“, der gleichzeitig soziale und wirtschaftliche Verantwortung trägt und durchsetzt. Erschwert wird diese Aufgabe durch fehlende Steuereinnahmen und mangelhafte Steuergerechtigkeit. Diesen Ländern ist auch gemein, dass insbesondere die wirtschaftlichen Eliten ihrer gesellschaftspolitischen und sozialen Verantwortung nicht ausreichend gerecht werden. Das Versagen der Eliten hat dazu geführt, dass bei den jüngsten Wahlen das Thema der ungleichen Einkommensverteilung und der Armut eine entscheidende Rolle gespielt hat. Dies ist prinzipiell positiv, allerdings erfüllen die mit diesen Wahlversprechen gewählten Regierungen nicht immer die Erwartungen und greifen oft zu kurzfristigen populistischen Maßnahmen anstelle von reformorientierten nachhaltigen Armutsbekämpfungsstrategien.

Die Schwäche staatlicher Institutionen führt in einigen lateinamerikanischen Ländern zu rechtsfreien Räumen mit schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, zu einem erschreckenden Ausmaß an Binnenvertreibung und zu einer Spirale krimineller Gewalt. Mehrere Länder stehen weiter vor der Herausforderung, ihre diktatorische Vergangenheit aufzuarbeiten, zumal die Empfehlungen von Friedens- und Wahrheitskommissionen oft nur unzureichend umgesetzt werden. Große Bedeutung kommt daher dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu, der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und OAS (Organization of American States) eingerichtet worden ist.

Auf die Frage der gleichberechtigten Partizipation und Integration der indigenen Völker, die bislang am Rande der Gesellschaft leben und zunehmend gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Missachtung ihrer in den jeweiligen Verfassungen verbrieften Rechte aufbegehren, haben die regierenden Eliten in LAK noch keine schlüssigen Strategien gefunden.

Frauenrechte und körperliche Unversehrtheit von Frauen werden ebenfalls häufig verletzt. Die Müttersterblichkeit ist nach wie vor sehr hoch. Auch wenn in Fragen der Grund- und Ausbildung sowie der Berufsausübung die Gleichstellung im Sinne der Millenniumsentwicklungsziele erreicht werden kann, sind Gleichstellungspolitik und die Beteiligung von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, z. B. als Parlamentarierinnen, bis 2015 nicht erreichbar.

Die Region weist in einigen Brennpunkten eine gefährliche Kombination von Terrorismus, Drogenproduktion und -handel sowie Kriminalität auf. Guerillas, Paramilitärs, organisiertes Verbrechen, transnationale Terroristen, Drogen- und Waffenhändler wirken immer häufiger grenzüberschreitend zusammen. Dabei nutzen und schaffen sich diese rechtsfreie Räume und wirken somit destabilisierend. Diese Gefahren sind eine Herausforderung nicht nur für die LAK-Staaten, sondern auch für andere Regionen einschließlich Europas und der internationalen Gemeinschaft.

In den LAK-Staaten ist ein Großteil der weltweit vorhandenen biologischen Vielfalt beheimatet. Diese Schatzkammern, insbesondere in Amazonien, aber auch in anderen Naturregionen von der Karibik bis zu den Galapagos Inseln sind durch kurzfristige Interessen in höchster Gefahr. Bei dem in der Millenniumserklärung vereinbarten Ziel, zum Schutz des globalen Klimas die Entwaldung zu stoppen, ist kein Fortschritt erzielt worden. Es ist im Interesse der Weltgemeinschaft, gemeinsam mit den LAK-Staaten zu tragfähigen Lösungen zur Bewahrung der Schöpfung und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu kommen.

Die LAK-Staaten haben zwar grundsätzlich die Chancen erkannt, die in einer regionalen Integration liegen, allerdings verläuft der Integrationsprozess regional höchst unterschiedlich und vorwiegend schleppend. So sind zum Beispiel die Integrationsbemühungen innerhalb des Mercosur zurzeit eher von Stagnation gekennzeichnet.

Die Arbeit der politischen Stiftungen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen trägt in erheblichem Maße zum Aufbau und zur Stärkung der Zivilgesellschaft sowie zur Stärkung der politischen Institutionen und Strukturen in LAK bei. Besonders bei Fragen von Good Governance, der Herausbildung des Partizipationsprinzips sowie der Sensibilisierung von Eliten und deren Verantwortung haben Stiftungen eine große Bedeutung.

Nachhaltige Partnerschaft und politischer Dialog bedürfen eines kulturellen Fundaments. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet hierzu u. a. mit ihren Kulturprogrammen, dem Wissenschaftsaustausch und den deutschen Auslandsschulen einen wichtigen Beitrag. Sie trägt damit maßgeblich dazu bei,

kulturelle Vielfalt zu schützen, Kulturdialog und -kooperation zu vertiefen und Bildungschancen zu verbessern.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

- die Bundesregierung zeitnah vor dem EU-LAK-Gipfel einen EU-Lateinamerika-Dialog eröffnet hat, bei dem sich hochrangige europäische und lateinamerikanische Politiker und Politikerinnen und Expertinnen und Experten mit einer Haushalts- und Steuerpolitik für sozialen Zusammenhalt und für den Kampf gegen die Armut auseinandergesetzt haben;
- die im neuen Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit LAK genannten Schwerpunkte – Good Governance, Umwelt- und Klimaschutz und Förderung der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung – und die länderübergreifende Form der Zusammenarbeit kohärent angepasst werden sollen;
- es Deutschland während seines EU-Vorsitzes gelungen ist, die Zusammenarbeit EU-LAK deutlich voran zu bringen. So konnten im ersten Halbjahr 2007 die Assoziierungsverhandlungen mit der Andengemeinschaft und mit Zentralamerika erfolgreich gestartet und die strategische Partnerschaft EU-Brasilien angebahnt werden. Während seines EU-Vorsitzes hat Deutschland auch den Weg dazu gebahnt, dass am 16. Dezember 2007 ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit dem „Forum der karibischen AKP-Staaten“ (CARIFORUM) unterzeichnet werden konnte;
- Deutschland durch seinen Beitritt zur Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) als Beobachter sowie durch den bevorstehenden Beitritt zum zentralamerikanischen Integrationssystem SICA ebenfalls als Beobachter einen Beitrag zur Unterstützung der regionalen Integrationsbemühungen leistet;
- durch die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zwischen Deutschland und Mexiko im April 2007 eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten vereinbart wurde;
- die EU nach dem vierten EU-LAK-Gipfel vom Mai 2006 eine verstärkte Partnerschaft mit möglichen Maßnahmen in den Bereichen politischer Dialog, Handel und Investitionen, Stabilität und Wohlstand, Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis anstrebt;
- die EU mit ihrem Lateinamerika-Dokument zur regionalen Programmierung 2007 bis 2013 Ziele der künftigen sowie die Einordnung der bisherigen regionalen Entwicklungszusammenarbeit vorgelegt hat, für deren Umsetzung Gemeinschaftsfinanzierung, Übereinstimmung mit der Gemeinschaftspolitik, Komplementarität, Kohärenz und Maximieren der Effizienz im Sinne der Pariser Erklärung von 2005 Teil der Programmierung sind;
- das BMZ ein Partnerschaftsabkommen zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) geschlossen hat und die IDB, einflussreicher Partner mit 18 Prozent ihres Gesamtportfolios im Energiesektor, sowie die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) bei ihren Ansätzen und Maßnahmen für Energie, Ressourcenschutz und soziale Kohäsion unterstützt;
- die Bundesregierung bei der Reform der IDB und der Definition der vier Schwerpunkte „Reform der sozialen Sektoren“, „Modernisierung des Staates“, „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, „Regionale Integration“ in Übereinstimmung mit den europäischen Partnern mitwirken konnte und

diese in ihrem Konzept „Zur Bekämpfung der Armut – Unsere Ziel in den regionalen Entwicklungsbanken“ berücksichtigt;

- die Bundesregierung in der Zusammenarbeit mit LAK auch für die Probleme der Menschenrechtsverletzungen, der Marginalisierung der indigenen Völker, der Gleichstellung von Frauen oder der Staatsentwicklung und Rechtsstaatlichkeit Vorschläge der Kooperation und des Dialogs erarbeitet hat.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit der zügigen Umsetzung der Konzeptionen der bilateralen und europäischen Entwicklungskooperation gemeinsam mit den LAK-Staaten eine strategische Partnerschaft für die gemeinsame Lösung von Problemen in wichtigen Zukunftssektoren anzustreben und
 - a) sie konsequent auf eine effiziente Armutsbekämpfung und die Verbesserung unverzichtbarer sozialer Dienstleistungen und den Aufbau sozialer Sicherungssysteme, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung und Umwelt- und Ressourcenschutz auszurichten,
 - b) im Rahmen der Stärkung von Good Governance die notwendige Unterstützung und Beratung bei der Bewältigung dortiger Strukturprobleme in den Bereichen Staat und Gesellschaft, Rechtssystem und Rechtssicherheit, Herstellung von Steuergerechtigkeit, Aufbau des Finanz- und Bankensektors zu gewährleisten,
 - c) damit gleichzeitig zur Intensivierung der Politik-, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Hochschulbeziehungen beizutragen;
2. die bilaterale Zusammenarbeit der Bundesregierung mit LAK außenpolitisch kohärent und entwicklungsverträglich zu gestalten, und ODA-Mittel (Official Development Assistance) auch in LAK für partnerschaftlich vereinbarte Schwerpunkte einzusetzen;
3. die Entwicklungskooperation in Abstimmung mit den EU-Partnerstaaten und der EU-Kommission zu intensivieren und gleichzeitig eine Verbesserung der Qualität sowie eine bessere Kohärenz und Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Hierzu muss auch entsprechend der Paris Deklaration eine Bündelung der entwicklungspolitischen Initiativen der EU-Kommission für LAK zählen;
4. den politischen und entwicklungspolitischen Dialog mit den Regierungen in LAK zu intensivieren, um zu erreichen,
 - a) dass diese von den Eliten ihrer Länder mehr gesellschaftspolitische und soziale Verantwortung einfordern,
 - b) dass die Schwerpunkte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Tropenwaldschutz sowie erneuerbare Energien und Energieeffizienz komplementär durch länderübergreifende Ansätze und durch Kooperation mit den Regionalbanken verstärkt werden,
 - c) dass die regionalen Organisationen indigener Völker institutionell gestärkt werden,
 - d) dass die bestehenden regionalen Vorhaben und Dialoge zu den Themen „Frauenrechte und Gender“, „Jugend und Gewalt“ sowie „Soziale Kohäsion“ unterstützt werden;

5. Entscheidungen auf Regierungsebene der Bundesregierung, der EU- und LAK-Staaten auf geschlechtergerechte Kohärenz zu prüfen, und mit den lateinamerikanischen und karibischen Partnerregierungen zu erreichen, dass Frauen an allen Kooperations- und Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt werden, und dass Frauen und Mädchen rechtliche Gleichstellung und der Zugang zu Bildung, Gesundheit und Eigentum gewährleistet wird;
6. mit gezielter Beratung den Auf- und Ausbau regionaler Zusammenschlüsse, wie z. B. die Integrationsbemühungen innerhalb des Mercosur, sowie die Zusammenarbeit länderübergreifender Organisationen zu unterstützen und damit die regionale Integration von LAK zu befördern. In der regionalen Gestaltung und bei der Umsetzung der dazu notwendigen institutionellen Reformen und der verantwortlichen Regierungsführung sollen die LAK-Partner darin bestärkt werden, Parlamente und Zivilgesellschaften und hier insbesondere die indigenen Völker und Frauen zu beteiligen. Durch Beratung und Unterstützung von gemeinsamer konsequenter Korruptionsbekämpfung, Bürokratieabbau und Rechtssicherheit sollen entwicklungsförderliche Investitionen der LAK in Produktion, Handel, soziale Sicherungssysteme, Gesundheit und Bildung erleichtert werden. Zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für regionale Zusammenschlüsse sollten ergänzend zu Verwaltung, Rechtswesen oder Technologietransfer auch Maßnahmen für Marktanalyse/Bedarfsanalyse und Entwicklung von Marketingstrategien sowie Austauschprogramme für Ausbildung, Studium und Weiterbildung sowohl zwischen der EU und den LAK-Regionen als auch unter den LAK-Regionen angeboten werden;
7. sich für den Abbau von Marktbarrieren und Exporterstattungen einzusetzen und dabei darauf zu achten, dass diese – im Interesse der Stabilität der Region LAK – zu einer sozial gerechten Entwicklung führen und den benachteiligten Bevölkerungsschichten zugute kommen. Neben der Berücksichtigung der Festlegungen der WTO-Entwicklungsrunde in Doha ist daher ebenfalls die Einhaltung der international vereinbarten Umwelt- und Sozialstandards, Menschenrechtsstandards und die Gleichstellung von Frauen sowie das Vorsorgeprinzip, der Verbraucherschutz, die Transparenz der Kapitalflüsse und Korruptionsbekämpfung im Dialog mit den LAK zu fordern und zu fördern. Gleichzeitig sollte die Einhaltung internationaler Abkommen auf diesen Gebieten, insbesondere der OECD-Leitlinien, des UN Global Compact und von EITI-Vereinbarungen (Extractive Industries Transparency Initiative) durch multinationale Unternehmen von den EU-Staaten sichergestellt werden;
8. die LAK-Regionen und die EU darin zu bestärken, mehr Gewicht auf Investitionen in eine faire und ökologische Produktion – einschließlich nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung – zu legen, die mindestens den Anforderungen der europäischen Siegel entsprechen und dazu auch Public Private Partnership (PPP) zu nutzen;
9. sich in der EU dafür auszusprechen, in den Verhandlungen über Abkommen mit Zentralamerika, der Andengemeinschaft und Mercosur Vereinbarungen anzustreben, die mindestens den international geltenden Standards und Transparenzregeln der WTO-Entwicklungsrunde entsprechen;
10. in den Kooperationssektoren Wirtschaftsförderung, Sozialsystemförderung/Aufbau sozialer Sicherungssysteme sowie Umwelt- und Ressourcenschutz noch stärker als bisher das Instrument der Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft zu nutzen;
11. auf der Grundlage der Rio-Deklaration, der Konvention zu Klima und biologischer Vielfalt sowie der Walderklärung dazu beizutragen, dass die Länder in LAK die dauerhafte Erhaltung und die nachhaltige Bewirtschaftung

der global bedeutsamen natürlichen Ressourcen, der Tropenwälder und der biologischen Vielfalt leisten können. Der Umwelt- und Ressourcenschutz einschließlich des Tropenwaldschutzes muss in angemessenem Rahmen in die Entwicklungszusammenarbeit mit den LAK-Partnerländern integriert werden. Hierzu soll die strategische Partnerschaft mit der IDB und der CEPAL vertieft und die Zusammenarbeit mit der EITI-Initiative gestärkt werden;

12. in der Entwicklungszusammenarbeit mit den LAK-Partnerländern wieder einen gezielteren Schwerpunkt bei der Förderung der ländlichen Entwicklung und der Unterstützung der Neugestaltung der Agrarpolitik sowie der Ausrichtung auf ökologisch-soziale Produktion für fairen Handel zu setzen. Dazu gehören insbesondere Ansätze für eine umfassende Landreform und das Entstehen effizienter mittelständischer agrarischer Produktionsstrukturen sowie die Bereitstellung von Mikrokrediten für klein- und mittelbäuerliche Betriebe. Wichtig ist hierzu auch die Unterstützung beim Aufbau von Katastern und Flächennutzungsplanung. Insbesondere im LAK-Kontext ist hervorzuheben, dass eine nachhaltige ländliche Entwicklung unverzichtbar ist für eine dauerhafte Eindämmung des Drogenanbaus. Mit der Schaffung von attraktiven legalen Einkommensmöglichkeiten muss dazu beigetragen werden, ländlichen Bevölkerungsgruppen Alternativen zum Anbau von Drogen aufzuzeigen;
13. weiterhin Strategien zur Bekämpfung des Drogenanbaus zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass der internationale Marktzugang für Produkte, die den Drogenanbau substituieren, im Kontext der WTO weiter erleichtert wird. Dabei sollte mit den betroffenen Ländern als mögliche Maßnahme eine stärkere Öffnung ihrer Märkte geprüft werden. Im Rahmen der EU und der WTO könnten konditionierte Handelserleichterungen nach dem Vorbild der „Everything-But-Arms-Initiative“ (EBA) geprüft werden („Everything But Drugs“);
14. insbesondere mit den Schwellenländern der LAK bei der Einrichtung leistungsfähiger Finanz- und Bankensysteme partnerschaftlich zusammen zu arbeiten. Zusätzlich zur Förderung stabiler nationaler Finanzsektoren und entsprechender Kontrollmechanismen sind die internationalen Bemühungen zur Schaffung allgemein gültiger Regelungen für Insolvenzkrise unabhängiger Staaten konsequent voranzutreiben;
15. bei der Lösung der Schuldenproblematik darauf zu achten und durch Monitoringprozesse zu prüfen, dass die durch die internationalen und bilateralen Entschuldungsmaßnahmen zugunsten der LAK-Länder freigewordenen Mittel für die Umsetzung der Millenniumsziele und den Demokratisierungsprozess eingesetzt werden. Vor allem für die ärmsten Länder Lateinamerikas und der Karibik müssen auch die im Rahmenwerk für Schuldentragfähigkeit definierten Kriterien für die Sicherung langfristiger Schuldentragfähigkeit und Neuverschuldung Geltung haben;
16. auf die Regierungen in LAK einzuwirken, eine stärkere Integration der indigenen Bevölkerungsgruppen in die politischen Prozesse voranzutreiben und auch im rechtlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich Grundlagen für deren stärkere Beteiligung zu schaffen;
17. im Rahmen deutscher Beratungsmaßnahmen in Sektoren wie Demokratieförderung, Good Governance, Staatsmodernisierung oder Förderung der regionalen Integration intensiv auf die bewährte Arbeit der politischen Stiftungen zurückzugreifen und diese weiter engagiert zu unterstützen. Die politischen Stiftungen sollen sich zudem verstärkt der Aufgabe stellen, sozialstaatliches Denken und Verantwortungsbewusstsein unter den Eliten der LAK zu intensivieren;

18. gemeinsam mit der EU zur Stärkung und zum Austausch der Parlamente durch geeignete Maßnahmen beizutragen;
19. mit LAK einen Dialog über die besondere Bedeutung von Reformen des Justizsystems zu führen, da nur auf diese Weise Rechtsstaatlichkeit gesichert und gefestigt, die konsequente Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermöglicht, Straflosigkeit beendet werden kann. Ein verlässliches Justizsystem ist zudem wichtige Voraussetzung für die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft und damit für die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung der LAK-Staaten;
20. auf bi- und multilateraler Ebene auf die Notwendigkeit von Aussöhnung hinzuweisen und weiterhin die Wahrheitskommissionen zu unterstützen;
21. die Sicherheitszusammenarbeit im Sinne der Europäischen Sicherheitsstrategie mit Lateinamerika vor allem in Ländern mit erhöhtem und akutem Präventionsbedarf auszubauen und dabei insbesondere die Drogen- und Korruptionsbekämpfung, den Kampf gegen Waffenschmuggel und Menschenhandel sowie die Terrorismusbekämpfung zu verstärken. Krisenprävention, Konfliktlösung, Friedensentwicklung und Demokratisierungshilfe (einschließlich Wahlbeobachtung) müssen als Querschnittsaufgaben fortgesetzt werden, bei denen insbesondere die auf diesen Gebieten erfolgreiche OAS als Partner stärker genutzt werden sollte. Auch sollten weiterhin der Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft und Mechanismen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung gefördert werden;
22. die gewachsenen gesellschaftlichen, akademischen und kulturellen Kontakte zwischen Deutschland und seinen lateinamerikanischen Partnern ebenso zu stärken wie die universitäre und außeruniversitäre gegenwartsbezogene LAK-Forschung in Deutschland, sowie die gute Qualität und den ausgezeichneten Ruf deutscher Auslandschulen in LAK durch deren systematische Positionierung zu bewahren bzw. weiter auszubauen, um eine Anbindung an Deutschland und Europa zu erreichen. Langfristig wünschenswert wäre dabei intensiviert Hochschul- und Wissenschaftszusammenarbeit mit den LAK-Ländern, in der die komparativen Vorteile der deutschen Bildungs- und Forschungsinstitutionen und nachfrageorientierte Ausbildungszusammenarbeit einschließlich gemeinsamer Exzellenzzentren mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in LAK stärker genutzt und, wo notwendig, durch Stipendien, auch im Rahmen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, für lateinamerikanische Wissenschaftler flankiert werden. Es soll geprüft werden, ob die gezielte Vergabe von Stipendien sowohl für das Studium in LAK wie in Deutschland schwerpunktmäßig an Studierende aus sozial und finanziell schwachen Familien möglich ist.

Berlin, den 7. Mai 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

